



Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung
Department of Urban and Regional Development



Werner G. Raza

Recht auf Umwelt oder Umwelt ohne Recht?
Zu den Auswirkungen des neoliberalen Modells auf Umwelt und
Gesellschaft in Lateinamerika - eine Einführung

SRE-Discussion 2000/01

2000

SRE

Recht auf Umwelt oder Umwelt ohne Recht?

Zu den Auswirkungen des neoliberalen Modells auf Umwelt und Gesellschaft in Lateinamerika - eine Einführung

Werner G. Raza*

Einleitung

Was hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in den Gesellschaften Lateinamerikas so Grundlegendes verändert, daß diese neue historische Phase des sogenannten Neoliberalismus so viel Zuspruch, aber auch Widerstand erntet? Die schon im Titel dieses Bandes implizit zum Ausdruck kommende These, daß es nicht nur zu einem fundamentalen Wandel in den Ökonomien Lateinamerikas gekommen ist, sondern daß diese Änderungen auch und besonders andere gesellschaftliche Dimensionen umfassen, dem wollen die Beiträge in diesem Buch nachgehen. Dies schuldet sich der Einsicht, daß der Neoliberalismus, ob in Lateinamerika oder anderswo, kein ausschließlich ökonomisches - auch wenn er über ökonomische Mechanismen implementiert wurde - sondern ein vornehmlich politisches Projekt ist, das alle Dimensionen einer Gesellschaft umfaßt. Den beiden Dimensionen, denen unsere Aufmerksamkeit dabei im besonderen gilt, sind die umweltpolitische und die soziale. Im gesellschaftlichen Naturverhältnis als auch im sozialen Bereich haben sich nachhaltige Änderungen durch die Durchsetzung des Neoliberalismus ergeben. Wiewohl Folge, sind sie gleichzeitig auch Ausgangspunkt sozialer Bewegungen gegen den vermeintlichen Siegeszug von Marktideologie und gesellschaftlicher Atomisierung.

Dieser Band, der zugleich das Ergebnis einer Ringvorlesung im Rahmen des Interdisziplinären Lehrgangs für Höhere Lateinamerika-Studien des Österreichischen Lateinamerika-Instituts im Wintersemester 1999/2000 dokumentiert, verfolgt daher ein zweifaches Ziel: Einerseits eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen des neoliberalen Modells auf Umwelt und Gesellschaft zu leisten, andererseits gesellschaftspolitischen Antworten sozialer Akteure auf dieses Modell nachzugehen und herauszuarbeiten, was die Möglichkeiten und Grenzen alternativer Projekte im zivilgesellschaftlichen wie auch staatlichen Rahmen angesichts der neoliberalen Dominanz tatsächlich sind.

In diesem einleitenden Beitrag soll es daher zunächst darum gehen, einige für das Verständnis der weiteren Beiträge dienliche Begriffe und Konzepte einzuführen, einen groben historischen Überblick über die Entwicklung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses in Lateinamerika zu geben, um daran anschließend die Änderungen der letzten drei Jahrzehnte im Bereich der Umweltpolitik aber auch des Umweltdiskurses und deren Artikulation mit den Maximen neoliberaler Politik einleitend darzustellen.

Zum Begriff des gesellschaftlichen Naturverhältnis

Unter dem gesellschaftlichen Naturverhältnis wird hier die Gesamtheit der materiellen wie symbolischen Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur verstanden (vgl. Jahn 1991, Görg 1999). Natur wird nicht als ewig Gleiches, außerhalb der Gesellschaft existierendes, sondern als etwas einer bestimmten sozioökonomischen Formation Spezifisches verstanden. Die Artikulation zwischen Gesellschaft und Natur unterliegt damit einem historisch-geographischen Wandel (vgl. Harvey 1996, Brand 1999). Natur wird in verschiedenen Gesellschaften demgemäß unterschiedlich wahrgenommen, und auch symbolisch dargestellt. Gesellschaften entwickeln also spezifische "ökologische Rationalitäten" (Leff 1986, 1999). Ebenso wird sie von distinkten Wirtschaftssystemen auch spezifisch genützt, wobei die

Transformation von Natur durch den Produktionsprozeß auch zu Konstruktionen von Natur führt, d.h. zu neuen, durch die menschliche Arbeit geschaffenen Umwelten. Man denke nur an die vielfältigen sog. Kulturlandschaften, Parks und Landschaftsgärten. In diesen Repräsentationen von Natur eingeschrieben sind soziale Verhältnisse, Natur ist daher nichts anderes als das physisch-materielle Korrelat bestimmter sozialer Verhältnisse (vgl. Lipietz 1991). Die in die Architektur von Gärten und Parks eingeschriebene Machtstruktur des absolutistischen Staats (vgl. Rotenberg 1995), oder die Klassenstruktur, die in der sozio-räumlichen Segregation der Wohngegenden wie auch Wohnformen verschiedener sozialer Gruppen zum Ausdruck kommt (vgl. Harvey 1973), sind nur einige Beispiele für die enorme Mannigfaltigkeit der materiellen Repräsentation von Gesellschaft.

Natur, oder besser gesagt, spezifische Notwendigkeiten des Zugangs zu Natur, in ihrer Funktion als Quelle (Rohstoffe, Energie, Boden), Senke (Emissionen, Müll) und auch als "Dienstleister"(Wasser-, CO₂-Kreislauf, Photosynthese etc.), sind von essentieller Bedeutung für jede Form des Wirtschaftens. Die gesellschaftliche Regulation dieser produktiven Nutzung von Natur erfolgt dabei durch ein historisch-geographisch spezifisches Set an formalen und informellen Eigentums- und Nutzungsrechten wie auch -verboten. Diesen vorgelagert sind bestimmte Interessen von unterschiedlichen sozialen Gruppen oder Klassen an Natur, die sich wiederum aus ökonomischen und kulturellen Motivationen speisen. Die "ökologische Verteilung" (Martínez-Alier/O'Connor 1996, 1998), d.h. die aus einer spezifischen Form von Eigentums- und Nutzungsrechten erwachsenden Vor- und Nachteile von Naturnutzung innerhalb einer und auch zwischen mehreren Generationen, ist damit das Resultat einer politischen Auseinandersetzung unterschiedlicher sozialer Akteure. Jeder dieser Akteure wird dabei danach trachten, sein Interesse an der Nutzung von Natur institutionell absichern zu lassen. Dieser Prozeß der Artikulation und Durchsetzung von Interessen findet oft parallel auf verschiedenen, miteinander kommunizierenden territorialen Ebenen statt (lokal, national, international), und involviert unterschiedlichste gesellschaftliche Akteure mit jeweils auch sehr ungleich verteilten Ressourcen und Einflußmöglichkeiten. Dem Staat, auf supranationaler Ebene internationalen Organisationen, kommt dabei die zentrale Rolle nicht nur des Vermittlers, sondern der für alle verbindlich rechtssetzenden Instanz zu. Dieses Ensemble der Regulation des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, das man auch als "ökologische Restriktion" bezeichnen könnte (Raza 1999, Becker/Raza 2000), muß nun zu den Erfordernissen der ökonomischen Akkumulation in einem komplementären, letztere absicherndes Verhältnis stehen, soll eine langfristig-stabile Entwicklung der Gesellschaft gewährleistet sein. Das kann, muß aber nicht zwangsläufig der Fall sein. Vielmehr kann es zu Problemen und Widersprüchen zwischen Akkumulationsregimen und ökologischer Restriktion kommen, welche die ökonomische Entwicklung beeinträchtigen und das mitunter auf Dauer. Derlei Krisen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses sind speziell auch an große Krisen eines Wirtschaftssystems gekoppelt (vgl. Lipietz 1997). In letzteren kommt es zu einer grundlegenden Restrukturierung der Artikulation von Ökonomie, Politik und Gesellschaft, das gesamte Ensemble von gesellschaftlichen Normierungen der politökonomischen Struktur, im speziellen des Staats, der Regulation von Arbeit, unternehmerischer Konkurrenz und des Geldes, steht dabei zur Disposition. Ich gehe im folgenden von der These aus, daß auch in Lateinamerika solche Krisen stattgefunden haben, und daß speziell spätestens an der Wende zu den 1980er Jahren eine große Krise schlagend wurde, die nicht zuletzt auch eine Transformation des gesellschaftlichen Naturverhältnisses des lateinamerikanischen Kapitalismus mit sich brachte. Inwieweit dieser Prozeß gegenwärtig schon als abgeschlossen betrachtet werden kann, soll vorerst noch unbeantwortet bleiben.

Gesellschaftliches Naturverhältnis im kolonialen Zeitalter (1500-1820er Jahre)

Lateinamerika erlebte im Lauf der letzten Jahrhunderte, speziell aber seit seiner “Entdeckung” vor mehr als 500 Jahren, gravierende und nachhaltige Veränderungen seiner natürlichen Umwelt. Eingeleitet wurden diese durch die Integration der damaligen Kolonien in den kapitalistischen Weltmarkt. Diese Weltmarktintegration der vorkapitalistischen Ökonomien Lateinamerikas bedeutete auch das Entstehen eines gesellschaftlichen Naturverhältnisses unter kapitalistischen Vorzeichen, das die schon bestehenden Naturverhältnisse der vorkapitalistischen Gesellschaften überlagerte. Diese Überlagerung bestand wesentlich in der generellen Ausrichtung der Ökonomien Lateinamerikas auf die Interessen der Kolonialmächte, und diese letzteren bezogen sich in erster Linie auf die Ausbeutung der reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen des neuen Kontinents (bzw. der dafür erforderlichen lokalen Arbeitskraft), seien diese erschöpfbar (Metalle) oder erneuerbar, wie es agrarische Nutzpflanzen (Kartoffel, Mais etc.) und Genußmittel (Kaffee, Kakao etc.) sind. Nach Vitale (1990) war es gerade die abundante ökologische Grundlage Lateinamerikas, die den ökonomischen Interessen der spanischen Kolonisatoren glänzend zupaß kam, genauso wie die lokal vorhandene Bergbautechnologie und die hochentwickelte Landwirtschaft es erlaubten, mit solch relativ hoher Geschwindigkeit die koloniale Extraktionswirtschaft zu implementieren.

Während v.a. die Edelmetalle der spanischen Krone dazu dienten, ihre Repräsentations- und Konsumbedürfnisse zu befriedigen, allgemein volkswirtschaftlich jedoch die nötige Liquidität für eine expandierende europäische Wirtschaft (v.a. Englands) lieferten (Halperin Donghi 1994: 20f.), sollten die agrarischen Nutzpflanzen Lateinamerikas zur wichtigen Ernährungsquelle der europäischen Bevölkerungen, und auch zur materiellen Grundlage für die im ausklingenden 19. Jahrhundert in Europa einsetzende Pflanzenzucht werden. Die heute so heftig umstrittene Ausbeutung der Artenvielfalt (das sog. “Bio-prospecting”) der transnationalen Konzerne zum Zwecke des Aufbaus von Gendatenbanken blickt mithin zurück auf eine lange Tradition des strategischen Sammelns fremder Pflanzenarten (vgl. Flitner 1995). Im “Gegenzug” dieses “Columbian exchange” exportierte man europäische Nutzpflanzen und -tiere, und nicht zuletzt europäische Krankheitserreger, bewußter- wie auch unbewußterweise in die Kolonien, die eine profunde und zum Teil desaströse ökologische Invasion für die unvorbereiteten Öko- und menschlichen Immunsysteme bedeuteten (vgl. Crosby 1972).

Die auf Ressourcenextraktion basierende Exportwirtschaft funktionierte zwar im wesentlichen als Enklavenökonomie, d.h. es bestanden kaum Rückkoppelungen zur lokalen Wirtschaft in Form von z.B. Technologietransfer oder Steuerabschöpfung. Sie war aber zu ihrem Funktionieren auf die Vorleistungen und Zulieferungen der lokalen Ökonomie und damit auch Ökologie nichtsdestotrotz maßgeblich angewiesen. Im Fall etwa des bolivianischen Bergbaus bedeutete das die Ausbeutung der indigenen lokalen Arbeitskraft, die Zulieferung von Holz, die Versorgung mit den benötigten Lebens- und Genußmittel aus anderen Regionen des Landes (Getreide aus den *valles*, Koka aus den *Yungas*), und den Aufbau eines Handels- und Verwaltungszentrums in La Paz (vgl. Klein 1992). Die lokale andine Wirtschaft alimentierte de facto die Exportwirtschaft durch die erzwungene Abschöpfung ihres Mehrprodukts. Darüberhinaus hatte sie die sozioökonomischen und ökologischen Folgen der kolonialen Exportwirtschaft zu tragen.

Die Ausbeutung der erneuerbaren Ressourcen erfolgte auf Grundlage großflächiger landwirtschaftlicher Unternehmen, sei es in Form von Plantagen, oder in Form von großen Viehbetrieben. Auch in diesem Fall bestand das Ziel der Kolonialherren ausschließlich im Export der gewonnenen Produkte, was aber wiederum nur unter Ausbeutung der lokalen Ökonomie wie auch Ökologie möglich war. Diese Form der großflächigen Landwirtschaft bedingte eine Inwertsetzung ehemals ökonomisch nicht genutzter Flächen, wie auch eine Verdrängung der lokalen Naturalwirtschaft, die sich zunehmend mit kleinen marginalen

Flächen zu ihrer Reproduktion begnügen mußte. Zum anderen erforderte sie eine de facto wie auch de jure Enteignung des großteils gemeinwirtschaftlich genutzten Landes durch die Einführung eines Eigentumsrechts, das auf individuellen Besitztiteln gründete. Die bis dahin vorherrschenden gemeinschaftlich organisierten, auf die Produktion von Gebrauchswerten ausgerichteten Bewirtschaftungsformen wurden also durch einzelwirtschaftliches, auf Profit ausgerichtetes Handeln abgelöst.

Daß die Implementierung eines bürgerlichen Rechtssystems Voraussetzung einer kapitalistischen Ökonomie ist, wäre nicht weiter erwähnenswert, wäre damit nicht die in der liberalen (=neoklassischen) ökonomischen Theorie fest verankerte These verbunden, daß Privateigentum an natürlichen Ressourcen die Voraussetzung für deren ökologisch schonende Nutzung darstellte (vgl. den berühmten Aufsatz von Hardin 1968). Gerade die ökonomisch-ökologische Geschichte Lateinamerikas belegt aber das genaue Gegenteil, war es doch die Expansion des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs in sozioökonomische Räume, die eine ökologisch weitgehend integrierte und angepaßte Produktionsweise aufwies, welche den Anfang einer bis dahin nicht gekannten ökologischen Destruktion des Kontinents markierte (vgl. Cunil 1978, Gligo/Morello 1979). Diese Feststellung einer unter ökologischen Gesichtspunkten nachhaltigen Wirtschaftsweise der präkolumbianischen Kulturen sollte allerdings nicht als deren Romantisierung oder Idealisierung mißverstanden werden. Vielmehr kann es aus heutiger Sicht nur darum gehen, zu ergründen, inwieweit diese autochtonen Techniken der Ressourcenbewirtschaftung für heutige Zwecke noch anwendbar bzw. adaptierbar wären.

Gesellschaftliches Naturverhältnis im außenorientierten Entwicklungsmodell (1830er-1930er Jahre)

Die Erlangung der politischen Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts führte zwar zu Veränderungen des politischen Systems, an der grundsätzlichen Ausrichtung der nationalen Ökonomien sollte sich aber nichts ändern. Waren es doch gerade die neuen nationalen Bourgeoisien, die ein essentielles Interesse an der Aufrechterhaltung bzw. sogar am Ausbau des extravertierten, d.h. nach außen orientierten Akkumulationsregimes hatten. Lediglich die institutionelle Artikulation der lateinamerikanischen Exportökonomien zum Weltmarkt änderte sich, indem an die Stelle der direkten politischen Dominanz durch die Kolonialmacht eine ökonomische, über internationale Handels- und Kapitalverflechtungen vermittelte asymmetrische Weltmarkteinbindung trat. Die Ausrichtung der Extraktionsökonomien auf die Erfordernisse der ehemaligen Kolonialmächte vertiefte sich sogar noch in dem Maß, indem die in den letzteren Ländern im Laufe des 19. Jahrhunderts erfolgte Industrialisierung den Bedarf nach z.T. neuen industriellen Rohstoffen wachsen ließ. Zu nennen wären hier exemplarisch Erdöl, Kautschuk, Salpeter, Guano, Kupfer, Zinn und andere Metalle. Mit der Industrialisierung der Zentren sollte auch das Auftreten von Rohstoffbooms zunehmen, d.h. einer Abfolge von industriell induzierter Nachfrage nach einem Rohstoff (z.B. Kautschuk für die Gummiproduktion), die daraufhin einsetzende großflächige Extraktion bzw. Produktion des Rohstoffs in der Peripherie mit all den z.T. desaströsen sozioräumlichen und ökologischen Folgen, und der nach einiger Zeit (mitunter mehrere Jahrzehnte) erfolgenden Substitution des Rohstoffs durch einen anderen natürlichen, oder technisch entwickelten (z.B. Ablösung des Kautschuk durch synthetisch erzeugten Gummi auf Basis von Erdöl). Diese Booms, die es z.B. bei Kautschuk, Salpeter, Guano u.a gab, hinterließen in den Extraktionsgebieten oft stark beeinträchtigte Ökosysteme, und durch den Schock des versiegenden Exportbooms beschäftigungslose und daher rasch verarmte Massen an ArbeiterInnen ohne alternative Erwerbsmöglichkeit. Die Spezialisierung vieler lateinamerikanischer Länder auf den Export

weniger Primärgüter wurde also im Zeitraum nach der Unabhängigkeit bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts hinein ausgebaut und nachhaltig verfestigt.

Diese liberalen Außenhandelsregime wurden nach innen durch liberal-autoritäre Staatsapparate und enge Verflechtungen zwischen politischer Klasse und nationaler Oligarchie bei gleichzeitigem Ausschluß der oft indigenen Bevölkerungsmehrheit von der politischen Teilhabe abgesichert. Als Ziel der herrschenden Oligarchie läßt sich denn auch die Maximierung des Renteneinkommens aus der Ausbeutung des natürlichen Reichtums identifizieren, weshalb man mit Ominami (1986) diese ökonomische Formation schlicht als Rentenregime charakterisieren kann. Dementsprechend gering war das politische Interesse, durch die Zweckwidmung eines Teils der Renteneinkünfte für Investitionen in den Ausbau der nationalen Wirtschaft die Produktionsbasis, d.h. die Möglichkeiten zur Hebung des Lebensstandards breiterer Bevölkerungsschichten zu erweitern. Derlei steuerliche Abschöpfungen erfolgten nur in dem Ausmaß, als dies für die Unterstützung und Vermarktung der Primärgüterproduktion unbedingt erforderlich war. Zudem engagierte sich metropolitanes Kapital schon aus strategischem Interesse selbst kräftig beim Ausbau der Transport- und Verkehrsinfrastruktur vom Landesinneren zu den Exporthäfen. Die hauptsächlich auf die Küsten ausgerichtete geographische Struktur dieser Exportwege sollte denn auch die Erschließung und Vernetzung der Binnenräume des Kontinents bis in die heutige Zeit erschweren.

Gesellschaftliches Naturverhältnis im binnenorientierten Entwicklungsmodell (1930er-1970er Jahre)

Die Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des außenorientierten Entwicklungsmodells hingen essentiell vom Bedarf der Zentrumsökonomien an Primärgütern, und damit von deren Weltmarktpreisen ab. Als mit der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er Jahre die Nachfrage nach Primärgütern einbrach, wurde nach Jahrzehnten sich verschlechternder Terms of Trade (reales Austauschverhältnis zwischen Exporten und Importen) endgültig die Notwendigkeit offenbar, das herrschende Wirtschaftsmodell zu restrukturieren. Das Modell der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI), das sich ab den 1930er Jahren kontinental zu formieren begann, und mit einiger Verzögerung dann durch die Arbeiten von Raúl Prebisch (1949) und seinen Mitstreitern von der CEPAL auch theoretisch legitimiert wurde, war zentral durch seine Binnenorientierung gekennzeichnet (vgl. allgemein Kay 1989, Calzadilla/Novy 1995). Die Leitidee bestand mithin darin, durch den Aufbau eines Binnenmarktes industriell gefertigte Güter für den nationalen Markt produzieren zu können, wodurch der bislang unverzichtbare Import von Produktions- wie auch Konsumgütern durch die heimische Produktion allmählich ersetzt, d.h. substituiert werden sollte. Zu diesem Zweck wurde die nationale Wirtschaft durch Zollschraken teilweise abgeschirmt, um damit der erst im Aufbau befindlichen Industrie den nötigen Schutz vor der übermächtigen internationalen Konkurrenz zu geben. Dem Primärgüterexport kam die spezifische Rolle zu, die für den Aufbau der heimischen Wirtschaft (vor allem Industrie, Infrastruktur, soziale Dienstleistungen) nötigen Devisen zu verwirtschaften, d.h. man stellte ihn explizit in den Dienst eines nationalen Entwicklungsprojekts. Das bedeutete zumindest für den Bereich der Rohstoffextraktion auch seine, in der Regel gegen den Widerstand der Zentrumsökonomien durchgesetzte Verstaatlichung. Schließlich sollte die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion es ermöglichen, Arbeitskräfte in den Aufbau der Industrie umzuleiten, ohne die nationale Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gefährden. Dieses Modell, das in unterschiedlichen Varianten in fast allen lateinamerikanischen Ländern implementiert wurde, erlebte in den 50er und 60er Jahren mit außergewöhnlich hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts seine Blütezeit. Danach setzte seine Stagnation ein. Daran konnten die ab den 70er Jahren einsetzenden Militärdiktaturen auch nichts mehr ändern. Entweder versuchten diese nämlich

den Zustand der unvollständigen Implementierung der ISI noch für einige Zeit zu bewahren (Brasilien, Peru), ohne den entscheidenden Schritt in Richtung der Ausweitung der Binnennachfrage (durch redistributive Sozialpolitiken) zu gehen, oder sie vollzogen einen abrupten Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik, eben genau deshalb, um den erwähnten Schritt zur vollständigen Implementierung zu verhindern (Chile, Argentinien, Uruguay). Die ISI scheiterte, neben den gemeinhin angeführten ökonomischen und politischen Faktoren (Fehlplanung, Korruption etc.), an der für die besitzenden Klassen inakzeptablen, für den dauerhaften Erfolg des Modells aber wesentlichen Umverteilung von Besitz, Vermögen und Einkommen zur breiten Masse der Bevölkerung. Mit Ausbruch der Verschuldungskrise in den frühen 1980er Jahren war dann endgültig jede Chance zur Rettung des Modells vertan.

Worin bestanden nun die mit der ISI verbundenen Kontinuitäten und Veränderungen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses?

Einer der Eckpfeiler der ISI-Konzeption bestand im Aufbau einer möglichst kompletten Industriestruktur. Während einer ersten Phase seit den 1930er Jahren entstanden vor allem Konsumgüterindustrien (Nahrungsmittel, Textil-, Lederverarbeitende Industrien). Aufgrund der hohen Transportkosten waren diese entweder in der Nähe des Produktionsorts ihrer Rohstoffe oder in der Nähe von Städten situiert. Die damit verbundene Umweltverschmutzung konnte lokal durchaus beträchtlich sein, regional und national hielt sie sich aber in Grenzen. Ab den späten 1940er Jahren ging man dazu über, Grundstoff- und Schwerindustrien aufzubauen, um die wesentlichen industriellen Inputs (Eisen/Stahl, Elektrizität, Erdöl, Zement u.a.) auch im eigenen Land herstellen zu können (vgl. Sunkel 1980). Das zeitigte signifikante Effekte auf die lokalen und auch regionalen Ökosysteme, sowohl in bezug auf den dafür erforderlichen Bedarf an Raum für Straßen, Anlagen etc. und lokaler natürlicher Inputs (Wasser, Holz, Energie etc.), als auch insbesondere in bezug auf die Emissionstätigkeit (atmosphärische Emissionen, Müll). Ab den 1950er Jahren läßt sich auch feststellen, daß die industrielle Struktur Lateinamerikas sich zunehmend auf wenige geographische Räume konzentriert, daß also große räumliche Agglomerationen mit den Industrien an deren Peripherie entstehen. Ebenso evident ist, daß die vom Land zugezogene Bevölkerung sich aufgrund der Arbeitsmöglichkeiten bevorzugt in der Nähe von Industrien ansiedelt, und damit der industriellen Verschmutzung in besonders hohem Maß ausgesetzt ist. Aufgrund des peripheren Standorts dieser Siedlungen sind sie auch mit öffentlicher Infrastruktur (Trinkwasser, Kanalisierung, öffentlicher Verkehr) unterversorgt (Uribe/Szekely 1980: 292 f.).

Das sich ab den 1950er Jahren beschleunigte Wachstum der Städte läßt sich immer weniger auf die Industrialisierung zurückführen, sondern verschuldet sich im wesentlichen der Modernisierung der Landwirtschaft und den entweder fehlgeschlagenen oder unterbliebenen Landreformen. Beide Prozesse tragen dazu bei, daß die sich verschlechternden ökonomischen Bedingungen am Land einen immer größeren Teil der Landbevölkerung zur Abwanderung in die großen städtischen Ballungsräume nötigen. Lebte zur Mitte des 20. Jahrhunderts die Bevölkerung in ihrer Mehrheit auf dem Land (ca. 60% 1950), so änderte sich die Relation Land-/ Stadtbevölkerung innerhalb weniger Jahrzehnte zugunsten Letzterer; 1970 betrug die Stadtbevölkerung 57%, 1990 bereits 72% der gesamten Bevölkerung Lateinamerikas (Vitale 1990: 96; Nohlen/Nuscheler 1995: 94).

Die landwirtschaftliche Modernisierung, die ursprünglich im Rahmen der ISI Konzeption zum Zwecke der Alimentierung der nationalen Industrie konzipiert worden war, wurde ab den 1960er Jahren immer stärker in den Dienst des Aufbaus eines agrar-industriellen Exportsektors gestellt. Landwirtschaftliche Produkte mit großer Weltmarktnachfrage, sog. Cash-crops (Soja, Weizen, Zuckerrohr u.a.) sollten mit Hilfe moderner, technologie- und erdölintensiver Produktionsverfahren großflächig angebaut und exportiert werden. Das bedeutete den Einsatz von Hohertragsorten, Bewässerungssystemen, Traktoren und

sonstiger landwirtschaftlicher Maschinen, Pestiziden und anderer, allesamt aus dem Ausland zu importierender, teurer, weil technologieintensiver Produktionsmittel. Ähnliches gilt für die Tierzucht. Mit dieser "Artifizialisierung" (Sunkel 1981: 62) trug man noch zusätzlich zur chronischen, i.e. strukturellen Passivierung der Leistungsbilanzen bei. Die dafür benötigten Flächen erhielt man einerseits durch Verdrängung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und andererseits durch Kolonisierung ungenutzter Gebiete, also in der Regel durch Rodung von Primärwäldern. Indem man einen komparativen Vorteil – immense Flächen an fruchtbarem Land – zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnmaximierung ausbeutete, begab man sich zunehmend eines anderen Vorteils, nämlich der reichlichen Verfügbarkeit billiger Arbeitskraft. Sowohl die sozialen als auch ökologischen Kosten dieser intensivierten, nunmehr kapitalistischen Landwirtschaft waren groß. Weder konnte die ländliche Armut damit signifikant verringert, noch die nationale Nahrungssicherheit erhöht werden. Vielmehr gab man dem ungestümen Wachstum der Städte einen zusätzlichen Impuls (Sunkel 1981), genauso wie man durch die Expansion der Agrargebiete nach innen kumulative Effekte in bezug auf unkontrollierte Besiedlung und weitere Rodungen auslöste. Der Fall der Kolonisierung des Amazonasbeckens ist diesbezüglich besonders anschaulich (siehe dazu Cardoso 1980, Bunker 1985, Altvater 1987).

Durch den Verlust von tropischem Regenwald (und dessen Artenreichtum), die Verdrängung des autochtonen Saatsguts durch die auf die lokale ökologische Situation nicht abgestimmten Hohertragssorten, die Bodenerosion aufgrund von Übernutzung oder falscher Produktionstechnologien, die Versalzung der Böden aufgrund inadäquater Bewässerungsmethoden stellten sich nicht nur weitere, die lokalen und regionalen Ökosysteme maßgeblich schädigende Effekte ein, vielmehr ist dadurch die langfristige ökonomische Viabilität der Agro-industrie selbst als äußerst fragil einzustufen (vgl. Gligo 1980).

Während der Periode des binnenorientierten Entwicklungsmodells von den 1930er – 1970er Jahren läßt sich also resümierend ein Prozeß nachholender, imitativer Modernisierung feststellen. Dieser sich in relativ kurzer Zeit vollziehende Prozeß führte zu drastischen Umwälzungen sowohl der lateinamerikanischen Gesellschaften als auch deren natürlicher Umwelt, und beinhaltete mehrere strukturelle, sich überlagernde Transformationen der lateinamerikanischen Ökonomien: neben dem Weiterbestehen der traditionellen Extraktionswirtschaft kommt es zu einer beträchtlichen, wenn auch in einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschrittenen Industrialisierung. Diese vollzieht sich in räumlich äußerst ungleicher, konzentrierter Form, und führt zusammen mit der Transformation des ländlichen Raums zu einer rasanten, in seinen sozialen und ökologischen Facetten unkontrollierten Verstädterung. Gleichzeitig wird die traditionelle Landwirtschaft mehr und mehr von kapitalistischen Produktionsformen durchdrungen, ohne damit die grundlegenden Probleme des ländlichen Raums lösen zu können. War der Fokus zu Beginn der Periode noch sehr stark autozentriert, also in Richtung des Aufbaus eines eigenständigen Wirtschaftsmodells gewesen, kam es ab den 1950er Jahren zu einer Transnationalisierung nicht nur der Produktionsstrukturen, sondern auch des von der nunmehr mehrheitlich städtischen Bevölkerung als erstrebenswert angesehenen Lebensstils (vgl. Sunkel 1980).

Krise und neoliberale Restrukturierung (1970er-)

Die Krise, in welche die lateinamerikanischen Ökonomien ab den späten 1960er Jahren schlitterten, war umfassend. Sie erstreckte sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern erfaßte auch den Staat, die Gesellschaft und damit auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Die Ursachen für die Krise sind vielfältig. Eine detaillierte Analyse derselben würde den Rahmen der gegenständlichen Arbeit sprengen. Hier kann nur ein kurzer Aufriß geleistet werden. Jedenfalls läßt sich feststellen, daß die ISI schon in den 1960er Jahren an sozioökonomische

Grenzen gestoßen war, und die Militärdiktaturen der 1970er Jahre aktiv darangingen, ihre Vertiefung zu verhindern, oder überhaupt die Weichen in Richtung Systembruch stellten. Überdies führten Faktoren wie die günstige Weltmarktsituation für Rohstoffe und die Erdölkrise 1973 mit der durch sie bewirkten Liquiditätsschwemme auf den internationalen Finanzmärkten zu einer leichtfertigen Politik sowohl der Schuldenaufnahme durch periphere Regime als auch der Kreditvergabe durch internationale Banken (vgl. Raffer 1999). Diese Gelder wurden, soweit sie nicht in die dunklen Kanäle der Korruption flossen, in den Ausbau der Infrastruktur mittels zum Teil gigantischer, ökonomisch wie ökologisch desaströser Großprojekte, und den schon beschriebenen agroindustriellen Exportsektor investiert. Als dann ab Ende der 1970er Jahre das internationale Zinsniveau markant anstieg und wenig später die Preise vieler Rohstoffe in den Keller fielen, hatte sich das internationale ökonomische Umfeld abrupt zu Ungunsten der Peripherie verändert, und die Verschuldungskrise wurde schlagend. Zugleich war damit das Feld für die Implementierung eines neuen, außenorientierten Modells in den Ländern der Peripherie aufbereitet, nicht zuletzt auch durch die Politiken der 1970er selbst, hatte doch eine Aufwertung des Primärgütersektors und eine schleichende Erodierung der industriellen Struktur durch die Militärregime stattgefunden. In der Krise wurden dann die durch die gute Konjunktur der 1970er Jahre überdeckten strukturellen Defizite der lateinamerikanischen Ökonomien, besonders aber des Bergbaus und der industriellen Sektoren sichtbar. Die Legitimität der Militärregime war damit vollends untergraben. In dieser Situation gründete das neoliberale Modell, sofern es nicht schon in den 1970er Jahren von der "Vorhut" der Militärregierungen Chiles, Argentiniens und Uruguays implementiert worden war, eben auf die *prima vista* attraktive Kombination von neoliberaler Ökonomie und liberaler Demokratie, erfolgte doch ab der ersten Hälfte der 1980er Jahre parallel die Redemokratisierung vieler lateinamerikanischer Länder (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Uruguay). Der schwierige, konflikthafte und die Gesellschaften absorbierende Übergang zu formaldemokratischen Regimen in den 1980er Jahren, der seinen ökonomischen Ausdruck in prononcierten Inflationsspiralen fand (Marques-Pereira 1998), koinzidierte mit der durch die Schuldenkrise noch verschärften ökonomischen Situation, welche die internationale Machtkonstellation nachhaltig zugunsten der Zentren verschob. In dieser Situation des Übergangs gekennzeichnet von wiedererstarkter außenpolitischer Dependenz und innenpolitischer Turbulenz war es für die in einigen Ländern an die Macht kommenden mitte-links Regierungen (Bolivien, Argentinien) außerordentlich schwierig, ein eigenständiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell abseits des Neoliberalismus zu implementieren. Paradoxerweise bezahlten daher die ersten demokratischen Regierungen oft für die ökonomischen und sozialen Altlasten der Militärdiktaturen, indem sie abgewählt und durch prononciert neoliberale Regierungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ersetzt wurden. Damit und infolge des Zusammenbruchs des realsozialistischen Blocks Ende der 1980er Jahre war dann endgültig klar, daß es kontinentweit keine Alternative mehr zu Struktur Anpassung, Liberalisierung und Deregulierung von Wirtschaft und Staat gab. Damit vollzog sich im Lateinamerika der 1980er Jahre ein Wandel, der mit dem Putsch der Regierung Fujimori 1992 und mit dem *Plano Real* der Regierung Cardoso in Brasilien 1994 einen vorläufigen Schlußpunkt fand.

Letztlich wurde dieser Prozeß aber maßgeblich von einem globalen Restrukturierungsprozeß beeinflusst, der sich seit den 1970er Jahren in den kapitalistischen Zentren selbst begonnen hatte abzuzeichnen. Dazu muß ich etwas weiter ausholen: Die Krise der als Fordismus bezeichneten Gesellschaftsformation in den Zentren seit den frühen 1970er Jahren führte zu maßgeblichen Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich, wie etwa räumlicher und sektorialer Reorganisation der Produktion, Zunahme der Bedeutung des Dienstleistungssektors und zum Entstehen neuer Branchen auf Basis der Informations-, der

Bio- und Gentechnologien (vgl. Henderson/Castells 1987). Dieser Prozeß der ökonomischen Restrukturierung weist Eigenschaften auf, die für uns von besonderem Interesse sind: zum einen führte er zu einer sekulären Aufwertung der Bedeutung des Finanzkapitals, eines in Krisen typischen Phänomens (Arrighi 1994). Damit einher ging eine Zunahme des Drucks auf die Profitabilität jeglicher ökonomischen Aktivität, mußte doch der vielzitierte "Shareholder-Value" maximiert werden. Dieser Druck übertrug sich auch auf die seit den 1980er Jahren verstärkt in den Weltmarkt integrierten peripheren Ökonomien, sei es durch Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen im Produktivsektor, oder sei es in Form der notorischen, Lateinamerika periodisch überschwemmenden Portfolioinvestitionen, d.h. kurzfristiger, renditeorientierter Kapitalanlagen, die treffend als *capitales golondrinas* ("Schwalbenkapitale") bezeichnet werden. Die Dominanz des Finanzkapitals bewirkte jedoch, daß der Restrukturierungsprozeß in seiner Gesamtheit latent fragil und damit krisenanfällig blieb, wie die verschiedenen Finanzkrisen der 1990er Jahre (Mexiko, Rußland, Asien, Brasilien) hinlänglich belegen. Das im Finanzsektor akkumulierte, fiktive Kapital muß nämlich realisiert werden, und das kann langfristig nur durch produktive Investitionen geschehen (Guttmann 1999). Das bedingt aber wiederum neue, profitträchtige Investitionsmöglichkeiten, die dieses Kapital absorbieren können. Ziel der globalen Privatisierungswelle ist es daher, neue Märkte zu schaffen, um die Wachstumsdynamik der kapitalistischen Ökonomie zu stabilisieren. Nicht zufällig kam daher der Druck – sowohl in den Zentren als auch in der Peripherie - zur Privatisierung dessen, was man als Produktionsbedingungen bezeichnet, also der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Luftverkehr, Telekommunikation etc.), der sozialen Dienstleistungen (Pensions-, Krankenversicherung, Ausbildungswesen) und nicht zuletzt der natürlichen Umwelt (vgl. den Beitrag von Johannes Jäger zu den sozialen Auswirkungen des neoliberalen Modells). Letztere gewinnt insbesondere als Grundlage emergenter Wirtschaftszweige wie der sogenannten "Life-Science-Industrien" (Pharma-, Pflanzen- und Tierzuchtindustrie) eine neuartige Signifikanz.

Die Schuldenkrise der peripheren Länder eröffnete den Zentrumsökonomien eben die Möglichkeit, diese Länder wieder verstärkt nach ihren Bedürfnissen auszurichten. Die unter der Ägide von IWF und Weltbank erlassenen Reformen zielten denn auch ganz wesentlich auf eine Re-Primarisierung der peripheren Exportwirtschaft und auf den Aufbau einer quasi extraterritorialen Lohnveredelungsindustrie bei gleichzeitiger Internationalisierung der gesamten Wirtschaftsstruktur der lateinamerikanischen Länder. Zusammen mit dem infolge der Schuldenkrise massiv gestiegenen Druck zur Erwirtschaftung von Devisen zwecks Schuldentrückzahlung bewirkte das einen beträchtlichen Anstieg der Primärgüterexporte in physische Einheiten, wobei der erzielte Erlös in monetären Einheiten aufgrund des so resultierenden Überangebots auf den Weltmärkten mitunter drastisch einbrach. Der Zusammenhang zwischen Verschuldung, Strukturanpassung und vermehrter ökologischer Destruktion ist mittlerweile auch empirisch belegt (vgl. Kahn/McDonald 1995, Capistrano/Kiker 1995). Der so aufoktroierte Spezialisierungspfad ermöglichte den Industrieländern die Ausbeutung der sog. statischen komparativen Vorteile Lateinamerikas, d.h. ihres Ressourcenreichtums und ihres Arbeitskräftepotentials, die Penetration der peripheren Märkte mit industriell gefertigten Waren, und die Inbesitznahme oder Kontrolle strategisch wichtiger Branchen, v.a. im Rohstoff-, Infrastruktur und Dienstleistungsbereich durch verschiedene Formen von Kapitalbeteiligungen.

Die erhöhte Bedeutung, die der natürlichen Umwelt auf der internationalen Ebene in den letzten 30 Jahren zukam, ist erst vor diesem ökonomischen Hintergrund adäquat zu begreifen, besteht die Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses denn nicht nur in der objektiv feststellbaren Veränderung und Bedrohung der globalen Ökosysteme, sondern auch und insbesondere in der Transformation der öffentlichen Wahrnehmung von Umweltproblemen

und den Formen der politischen Reaktion auf diese. Das seit den 1970er Jahren erwachte politisch-strategische Interesse an globalen Umweltgütern und strategischen Ressourcen mündete zunächst in einen internationalen Diskurs, der den Schutz der *global commons* (globalen Gemeinschaftsgütern) im Interesse des langfristigen Überlebens der Menschheit in den Mittelpunkt stellte. Gleichzeitig beeilte man sich auch klarzustellen, daß eine Verallgemeinerung des enorm umweltintensiven Lebensstils der Industrieländer auf die Dritte Welt aus ökologischen Gründen nicht möglich wäre, wodurch ein nachhaltiges Ressourcen- und Umweltmanagement auf globaler Ebene unumgänglich geworden wäre. Die zahlreichen Aktivitäten der internationalen Umweltpolitik der letzten zwei Jahrzehnte (vgl. dazu den Überblick von *August Reinisch* in diesem Band) waren denn auch geprägt von der tiefen Kluft zwischen einem affirmativen Appell zur Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen, und damit der Menschheit einerseits, und einem fundamentalen Interessensgegensatz zwischen den Umwelt- und Ressourcenbedürfnissen eines internationalisierten Kapitalismus und den (Überlebens-)interessen breiter Bevölkerungsschichten sowohl im Norden wie im Süden. Im Kern ist dieser Konflikt ein Verteilungskonflikt um die Bedingungen des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und Umwelt und der räumlichen wie auch zeitlichen Verteilung der positiven und negativen Folgen dieser Umweltnutzung. Zwar ist der Inhalt dieses Konflikts ein vornehmlich ökonomischer, seine Form ist jedoch eine zutiefst politische. Die besondere Rolle der neoliberalen Ideologie in diesem Prozeß besteht nun darin, den öffentlichen politischen Diskurs, in dem dieser Konflikt stattfindet, weitgehend zu besetzen, d.h. die Marktlogik als dominante Form des Denkens in den Köpfen der handelnden Akteure zu verankern, und überhaupt die Durchsetzung des neoliberalen Modells möglichst umfassend zu legitimieren. Dadurch soll eine möglichst umfassende Kommerzialisierung und Integration der Ressourcen-/Umweltproblematik in die Logik des Kapitalismus erreicht werden. Mit anderen Worten: Natur also kaufen und verkaufen zu können, wird als Voraussetzung ihrer nachhaltigen Nutzung, und damit langfristigen Erhaltung gesehen. Das bedingt freilich die Definition und Durchsetzung von Eigentums- und Verfügungsrechten an Natur. Die Problematik der Festschreibung von Intellectual Property Rights in bezug auf die Nutzung der Artenvielfalt in internationalen Verträgen (vgl. den umstrittenen TRIPs Vertrag im Rahmen der WTO), oder die Frage der Installation eines Systems von handelbaren Verschmutzungsrechten an der globalen Atmosphäre im Rahmen der Klimaverhandlungen sind u.a. Ausprägungen dieses gegenwärtig stattfindenden Kolonisierungsprozesses. Gegen die Dominanz dieser v.a. auch akademisch legitimierten marktzentrierten Sichtweise, die Eric Hobsbawm (1999: 13) überhaupt für das fatalste Merkmal des Neoliberalismus hält, wurden in den letzten Jahren auch innerhalb der Wissenschaft Versuche unternommen, alternative Konzeptionen der Umweltproblematik zu entwickeln, die als ökologische Ökonomie eine integrierte Sichtweise von Ökologie und Ökonomie favorisieren und auch ökologische Verteilungsfragen vor dem Hintergrund einer "politischen Ökologie" neu stellen (vgl. die Beiträge von *Sigrid Stagl* und *Ramachandra Guha/Joan Martínez-Alier*).

Ein besonderer diskursiver Streit ist zuletzt um das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung entbrannt. Dieses Konzept, das mit dem Bericht der Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung weltweite Beachtung fand (vgl. Hauff 1987), im emanzipatorischen Konzept des Ecodesarrollo anfang der 1980er Jahre aber bereits vorweggenommen wurde (Sachs 1993), versucht in präskriptiver und doch weitgehend unverbindlicher Form Umwelt- und Entwicklungsbelange zu synthetisieren. Die Widersprüche und Konfliktfelder zwischen diesen Bereichen bleiben dabei weitgehend ausgeklammert (zur Kritik des Nachhaltigkeitsdiskurses vgl. Raza/Novy 1997). Von den Neoliberalen wurde es daher bald vereinnahmt und als die Implementierung eines umfassenden, und möglichst effizienten Umweltmanagements durch den Markt umgedeutet. Dem Staat und internationalen Organisationen kommt dabei die scheinbar reduzierte, in Wahrheit aber zentrale Rolle zu, die

zur Etablierung der neuen Umweltmärkte notwendigen Regulierungen zu garantieren. Dieser politische Prozeß ist zur Zeit noch im Gang. Interessant dabei ist die Aufwertung der supranationalen Politikebene. Neben den einschlägigen internationalen Organisationen und Foren (UN, WTO/GATT, COPs der Artenvielfalts- und Klimarahmenkonvention, CITES etc.) kommt auch den regionalen Integrationsbündnissen (EU, NAFTA, MERCOSUR) hier eine neue Rolle zu, die sie allerdings sehr unterschiedlich wahrnehmen. *Eduardo Gudynas* beleuchtet in seinem Beitrag die Umweltpolitik des MERCOSUR.

Die ökologischen Verteilungskonflikte verlaufen zum Teil äußerst kontroversiell und sind geprägt von strukturellen Machtasymmetrien– nicht nur in den internationalen Foren, sondern v.a. auf lokaler Ebene, wo die Bevölkerung, v.a. aber indigene Gruppen mit den sozialen und ökologischen Folgen einer intensivierten Inwertsetzung der natürlichen Umwelt konfrontiert sind. Die von der Bevölkerung ergriffenen Formen der Reaktion umfassen dabei eine Reihe von Strategien und Organisationsformen zwischen Anpassung und offenem Widerstand (vgl. die Beiträge von *Monika Ludescher*, *Clarita Müller-Plantenberg* und *Andreas Novy*). Auffallend ist jedenfalls, daß der lokalen Ebene eine neue Bedeutung im Widerstand gegen das neoliberale Modell zukommt. Das gilt sowohl für den ländlichen, insbesondere aber auch für den städtischen Bereich alternativer, demokratisch-partizipativer Politiken, wie *Joachim Becker* und *Carlos Winkler* in ihren Beiträgen zu Uruguay und Brasilien herausarbeiten.

Gesellschaftliches Naturverhältnis im neoliberalen Lateinamerika: Fazit und Ausblick

In den letzten Jahren haben die Zeichen, daß das dominante neoliberale Modell in Richtung einer globalen Hegemonie (im Sinne Gramscis) unterwegs ist, zugenommen:

- die Implementierung von Strukturanpassungsprogrammen in den südostasiatischen Schwellenländern infolge der Asienkrise 1997 beendete das bis vor kurzem heftig akklamierte asiatische Entwicklungsmodell;
- die Internalisierung der wichtigsten ökonomischen Dogmen der neoliberalen Ideologie bei leicht rosarot gefärbter sozialpolitischer Rhetorik durch praktisch alle sozialdemokratischen Parteien Europas führte paradoxerweise zur Vollstreckung des prononciert wirtschaftsliberalen Binnenmarktprogramms der Europäischen Union unter der Ägide der in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre an die Macht gekommenen sozialdemokratischen Regierungen Blair in Großbritannien, Jospin in Frankreich und Schröder in der Bundesrepublik Deutschland;
- schließlich stellen auch in Lateinamerika die jüngst an die Macht gekommenen Mitte-Links Regierungen die neoliberale Ausrichtung ihrer Länder nicht in Frage, sondern haben klare Willenskundgebungen zur Fortsetzung des Modells abgegeben (Regierung de la Rúa in Argentinien, Lagos in Chile; Ausnahme: Chávez in Venezuela).

Ob diese sich abzeichnende Hegemonie des Neoliberalismus sich verfestigen kann, hängt ganz wesentlich von zwei Kriterien ab: einerseits von der Stabilisierung der Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft, andererseits von der Fähigkeit, ein Mindestmaß an sozialer Kohäsion zu gewährleisten. Diese Erkenntnis scheint sich auch auf Seiten der ProponentInnen des neoliberalen Modells eingestellt zu haben. Solange nämlich in den späten 1980er, frühen 1990er Jahren die Strukturanpassung von außen aufoktroiert wurde, konnte der Gegner vielleicht dominant sein, war aber klar identifizier- und damit bekämpfbar. Als dann in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die sog. zweite Generation von Reformen der Peripherie mit Schwerpunkt Sozial- und Bildungspolitik sowie Staatsreform (Stichwort “good governance”) eingeleitet wurde, waren damit, wenn auch selektiv und halbherzig, doch wesentliche Forderungen der KritikerInnen des Neoliberalismus berücksichtigt worden. Zudem eröffnete man den RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft den Zutritt zu internationalen Organisationen und Foren und übertrug ihnen neue, bislang vom Staat

wahrgenommene Aufgaben. Damit konnte man den Widerstand zwar nicht gänzlich zum Verstummen bringen, erreichte aber doch eine teilweise Einbindung ehemals opponierender Gruppen.

Die Front zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen des realen Neoliberalismus verläuft zur Zeit daher entlang der sozialökologischen Problematik. Das Scheitern der Millenniums-Runde der WTO in Seattle nicht zuletzt an der Frage der Aufnahme von Umwelt- und Sozialstandards in das Welthandelsregime, die nach wie vor schwelenden Klimaverhandlungen zur Reduktion von Treibhausgasen auf Basis der Ergebnisse der Konferenz von Kyoto, die auf nationaler wie auch internationaler Ebene heftig geführte Kontroverse über die Zulässigkeit von genetisch-modifizierten Organismen, die Patentierung von pflanzengenetischem und organischem Material, oder die Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Inhaltsstoffen sind Phänomene von Problembereichen, deren Regulation das gesellschaftliche Naturverhältnis der lateinamerikanischen Ökonomien in Zukunft maßgeblich beeinflussen wird. Lateinamerika befindet sich daher in der paradox anmutenden Situation, daß sein natürlicher Reichtum einerseits vom neoliberalen Modell zunehmend verschlissen wird, es andererseits aber hinsichtlich seines Artenreichtums, seiner Senkenkapazität (speziell von CO₂) und seiner sonstigen ökologischen Dienstleistungsfunktionen eine neue strategische Bedeutung erlangt, die eine nachhaltige Bewirtschaftung, auch im langfristigen Interesse des kapitalistischen Wirtschaftssystems erfordern würde. Gerade die Verletzbarkeit und der hohe Grad der Abhängigkeit der lateinamerikanischen Ökonomien haben bislang verhindert, daß diese Konstellation zu einer signifikanten Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Peripherie führt. Die maßgeblichen Akteure des Widerstands sind daher nicht mehr die einstmals stolz die internationale Bühne betretenden post-kolonialen Nationalstaaten, sondern die unzähligen international vernetzten Indigenen, Kleinbauern, Landlosen, Nachbarschaftsvereinigungen, Frauenrechts- und Umweltschutzgruppen (u.a.). Ob diese Akteure der drohenden neoliberalen Hegemonie einen erfolgreichen, dauerhaften Widerstand entgegensetzen können, läßt sich kaum vorhersagen. Die Beiträge des vorliegenden Bandes wollen aber einen Impuls geben, Alternativen zur herrschenden Praxis wenigstens anzudenken.

Anmerkung

* Ich danke Joachim Becker und Andreas Novy für hilfreiche Kommentare und Anregungen. Dieser Artikel wurde durch den FWF (P12378-OEK) gefördert.

Literatur

Altvater, E. (1987): Sachzwang Weltmarkt. Hamburg

Arrighi, G.(1994): The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of our Times. London

Becker, J./Raza,W.G.(2000): Theory of Regulation and Political Ecology: an inevitable Separation? In: Économies et Sociétés, Série "Théorie de la régulation", R, no.11, 1/2000: 55-70

Brand, U.(1999): Nichtregierungsorganisationen, Staat(ensystem) und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt. Inauguraldissertation, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a. M.

Bunker, S.G.(1985): Underdeveloping the Amazon. Extraction, Unequal Exchange, and the Failure of the Modern State. Chicago

Calzadilla, B./Novy, A.(1995): Importsstituierende und exportorientierte Industrialisierung. In: Feldbauer, P. et al., Hg.: Industrialisierung: Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde 6, Frankfurt a. M., Wien: 33-46

Capistrano, A.D./Kiker, C.F.(1995): Macro-scale economic influences on tropical forest depletion. In: Ecological Economics 14/1995: 21-29

- Cardoso, F.H.(1980): Development and Environment: the Brazilian Case. In: CEPAL Review No.12, December 1980: 111-127
- Crosby, A.W.(1972): The Columbian Exchange. Biological and Cultural Consequences of 1492. Westport/CT
- Crosby, A.W.(1986): Ecological Imperialism. The Biological Expansion of Europe, 900-1900. Cambridge/UK
- Cunil, P.(1978): Variables geohistóricas sociales en los procesos de degradación del uso rural de la tierra en América andina. In: Terra, No.3/1978, Caracas
- Flitner, M.(1995): Sammler, Räuber und Gelehrte. Die politischen Interessen und pflanzengenetischen Ressourcen 1895-1995. Frankfurt a. M.
- Gligo, N./Morello, J.(1979): Notas sobre la historia ecológica de América Latina. Santiago de Chile
- Gligo, N.(1980): The environmental dimension in agricultural development in Latin America. In: CEPAL Review no.12, Dec.1980: 129-143
- Görg, Chr.(1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Münster
- Guttman, R.(1999): Die Entwicklungsdynamik des Finanzkapitals. In: Kurswechsel 1/99
- Halperin Donghi, T.(1994): Geschichte Lateinamerikas. Von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart. Frankfurt a. Main
- Hardin, G.(1968): The tragedy of the commons. In: Science 162: 1243-8
- Harvey, D.(1973): Social Justice and the City. London.
- Harvey, D.(1996): Justice, Nature, and the Geography of Difference. Oxford/UK & Malden/Massachusetts
- Hauff, V., Hg. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven
- Hendersen, J./Castells, M.,Hg.(1987) : Global Restructuring and Territorial Development. London
- Hobsbawm, E.(1999): First World and Third World after the Cold War. In: CEPAL Review 67, April 1999: 7-14
- Jahn, Th. (1991): Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform. Umriss eines sozialökologischen Gesellschaftskonzepts. Frankfurt/Main
- Kahn, J.R./McDonald, J.A.(1995): Third-World debt and tropical deforestation. In: Ecological Economics 12: 107-123
- Kay, Chr.(1989): Latin American Theories of Development and Underdevelopment. London et al.
- Klein, H.S.(1992): Bolivia. The Evolution of a Multi-Ethnic Society. 2nd edition, New York & Oxford.
- Leff, E.(1986): Ecología y Capital. Racionalidad Ambiental, Democracia participativa y Desarrollo Sustentable. Mexico D.F.
- Leff, E.(1999): On the Social Reappropriation of Nature. In: Capitalism, Nature, Socialism Vol.10(3)
- Lipietz, A.(1991): Zur Zukunft der städtischen Ökologie. Ein regulationstheoretischer Beitrag. In: Wentz, M., Hg.: Stadt-Räume. Frankfurt/Main:129-136
- Lipietz, A.(1997): Nachhaltige Entwicklung. Geschichte und Herausforderungen. In: documenta und Museum Friedericianum GmbH: Politics-Poetics. Das Buch zur documenta X, Ostfildern: 671-684
- Marques-Pereira, J.(1998): Geld, politische Legitimität und regionale Integration in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik, XIV.Jg., Heft 2
- Martínez-Alier, J./O'Connor, M.(1996): Ecological and Economic Distribution Conflicts. In: Costanza, R./Segura, O./Martínez-Alier, J., eds.: Getting down to Earth. Practical Applications of Ecological Economics. International Society for Ecological Economics, Washington D.C., Covelo
- Martínez-Alier, J./O'Connor, M.(1998): Ecological Distribution and Distributed Sustainability. In: Faucheux, S./O'Connor, M./van der Straaten, J., eds.: Sustainable Development: Concepts, Rationalities and Strategies. Dordrecht et al.
- Nohlen, D./Nuscheler, F., Hg.,(1995): Handbuch der Dritten Welt. Band 2: Südamerika. Bonn
- Ominami, C.(1986): Le tiers monde dans la crise. Essai sur les transformations récentes des rapports Nord-Sud. Paris
- Prebisch, R.(1949): El Desarrollo Económico de América Latina y Algunos de sus Principales Problemas. CEPAL, Santiago

- Raffer, K.(1999): Das "Management" der Schuldenkrise: Versuch wirtschaftlicher Sanierung oder Instrument neokolonialer Dominanz? In: Parnreiter, Chr. et al., Hg.: Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Historische Sozialkunde 14, Frankfurt a. M., Wien: 95-112
- Raza, W.G./Novy, A., Hg., (1997): Nachhaltig reich – nachhaltig arm? Frankfurt a. M., Wien
- Raza, W.G.(1999): Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus. Überlegungen zur Synthese eines antagonistischen Verhältnisses. In: Kurswechsel 3/99: 41-49
- Rotenberg, R.(1995): Landscape and Power in Vienna. Baltimore and London
- Sachs, I.(1993): L'Écodéveloppement. Stratégies de transition vers le XXIe siècle. Paris
- Sunkel, O.(1980): The interaction between styles of development and the environment in Latin America. In: CEPAL Review No.12, December 1980
- Sunkel, O.(1981): La Dimensión Ambiental en los Estilos de Desarrollo de América Latina. E/CEPAL/G.1143, Santiago de Chile
- Uribe, A./Szekely, F.(1981): Localización y tecnología industrial en la América Latina y sus efectos en el medio ambiente. In: Sunkel, O./Glilo, N., eds.: Estilos de desarrollo y medio ambiente en la América Latina. Mexico D.F.
- Vitale, L.(1990): Umwelt in Lateinamerika. Die Geschichte einer Zerstörung. Frankfurt a. M.
-



Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung
Wirtschaftsuniversität Wien
Abteilungsleiter: o.Univ.Prof. Edward M. Bergman, PhD

Roßauer Lände 23/3
A-1090 Wien, Austria

Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: sre@wu-wien.ac.at
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/sre>